

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 18. Juni 1932

Nummer 49

Durch Einigkeit und Disziplin zur Freiheit!

Die programmatische Erklärung der neuen Reichsregierung ist eine offene Kampfansage an die gesamte deutsche Arbeiterschaft.

Man muß weit zurückgehen in der deutschen Geschichte des letzten halben Jahrhunderts, um auf Regierungsäußerungen zu stoßen, die einen ähnlich reaktionären Geist verraten. Sie erinnern in ihrer Sprache und ihrer Tendenz an die Zeiten des Kulturkampfes und des Sozialistengesetzes.

Das neue Kabinett wird bezeichnet als eine Regierung der „nationalen Konzentration“. Tatsächlich vertritt aber die neue Regierung die Gruppen des Volkes, die bewußt gegen eine Konzentration „aller aufbauenden und staatsstärkenden, kurzum aller nationalen Kräfte“ in Deutschland gerichtet sind. Der Schutz und die Fortentwicklung der Weimarer Verfassung, die das Volk souverän erkärte, ist einer Regierung anvertraut, deren Verfassungsminister sich offen zur Monarchie bekennen.

Dieser Einstellung entspricht der Geist ihres Programms. Es ist der Geist des bewußten Klassenkampfes von oben.

Der angeblich „gemeinschaftsfeindliche“ Klassenkampf, der der deutschen Arbeiterbewegung zum Vorwurf gemacht wird, ist nichts anderes als der gesellschaftliche Zustand während der Herrschaft des kapitalistischen Systems, das die Nation in soziale Klassen spaltet. Das Ziel der Arbeiterbewegung ist die Überwindung dieses Systems, die Beseitigung der Klassenfeindung und der Klassenkämpfe. Die Arbeiterbewegung war und ist die große schöpferische Energie der modernen deutschen Geschichte. Ihr Ziel war und ist, die deutsche Arbeiterschaft aus einer gehetzten Klasse zu einer „nationalen Klasse“ zu machen, zu einem gleichberechtigten Faktor im Leben der Nation. Ihr Ziel ist eine soziale Lebensordnung unsres Volkes, in der die Verfassung der Wirtschaft wie des Staates vom demokratischen Geist bestimmt und die Rechte der Gesamtheit ebenso gewahrt sind wie die Rechte des einzelnen. Der Kampf der Arbeiterbewegung ist kein Hemmnis, sondern die Voraussetzung für den organischen Aufbau eines sozialen deutschen Volksstaates, eines neuen Deutschland.

Für dieses Deutschland hat die deutsche Arbeiterschaft im Krieg ihr Leben eingesetzt. Sie hat die Männer gestellt, die nach dem Zusammenbruch in vordefizierter Linie den Kampf um die Einheit unsres Staates und die Freiheit unsres Volkes führten. Sie hat im Ruhrkampf fremder Willkür Halt geboten. Sie war abseits aller nationalen Phrasen die stärkste Stütze des deutschen Staates in allen Gefahren der Nachkriegszeit. Es gibt keine nationale Konzentration ohne die deutsche Arbeiterschaft.

Die jetzige Regierung steht zu dem neuen Deutschland, zu dem Gedanken des sozialen Volksstaates in schärfstem Gegensatz. Sie verneint seine Grundlagen, die in der sozialen Gesetzgebung der Nachkriegszeit geschaffen worden sind. Jede Ministerrede beweiht vor neuem, daß die Regierung entschlossen ist, das deutsche Arbeits- und Sozialrecht zu beseitigen, das in der Weimarer Verfassung begründet ist. Sie wird sich an die Buchstaben der Verfassung halten, um ihren Geist desto gründlicher auszutreiben.

Berlin, den 14. Juni 1932.

Bundesausschuß der freien Gewerkschaften Deutschlands

Das Reparationsproblem und der Internationale Gewerkschaftsbund

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der am 9. und 10. Juni in Berlin tagte, hat folgende Entschließung zur Reparationsfrage einstimmig angenommen:

„Nach eingehender Prüfung des Reparationsproblems hat der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu der veränderten Lage Stellung genommen, die durch die Zuspitzung der Weltwirtschaftskrise geschaffen worden ist.

Die — unter Außerachtlassung der vom Internationalen Gewerkschaftsbund schon vor mehr als 10 Jahren aufgestellten Forderungen — unternommenen Lösungsversuche der kapitalistischen Regierungen haben keine Resultate gezeigt. Das Hoover-Jahr war eine Ver-

tagung, aber keine Lösung! Die Sachverständigen haben einstimmig erklärt, daß Deutschland nicht mehr zahlungsfähig ist.

Der Internationale Gewerkschaftsbund muß aber daran erinnern, daß er neben der auf die Streichung der Kriegsschulden gerichteten Forderung immer betont hat, daß Deutschland ausschließlich zur Wiedergutmachung der in den zerstörten Gebieten verursachten Kriegsschäden verpflichtet ist; er bestätigt diesen Standpunkt.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hatte bereits in seinem Memorandum an die 4. Völkerversammlung 1923 die Einsetzung eines neutralen Schiedsgerichts verlangt, dessen Autorität die immer noch bestehenden Streitfragen schon damals schlichten sollte.

Die Widerprüfe in der Bewertung der von Deutschland für die Wiedergutmachung geleisteten Zahlungen haben eine definitive Regelung der Frage erschwert und dadurch die Spannung zwischen den Völkern erhöht, statt daß ihre gegenseitigen Beziehungen in beiderseitigem Interesse der endlichen Befriedigung Europas dienstbar gemacht wurden.

Die Welt steht heute vor der nicht mehr ausweichbaren Pflicht, das Reparations- und Kriegsschuldenproblem endgültig zu lösen, um diese unheilvolle Quelle politischer Gefahren und wirtschaftlicher Katastrophen zu beseitigen.

Die Konferenz von Lausanne darf deshalb weder vertagt werden, noch darf sie die Lösung der Probleme hinauszögern. Eine weitere Zuspitzung der Lage müßte die Folge der Verzögerung sein.

Das ist der Sinn ihres angekündigten Kampfes gegen den „Staatssozialismus“, gegen den Staat als „Wohlfahrtsanstalt“. Indem sie diese Phrasen der nationalsozialistischen und deutschnationalen Agitation übernimmt, macht sich die Regierung zum Wortführer der erklärten Feinde der Verfassung. Diesen arbeiterfeindlichen Parteien zuliebe, denen sie den Ehrennamen „nationale Bewegung“ gibt, hat sie den Reichstag aufgelöst. Sie „schützt“ die Verfassung, indem sie ihren Feinden Vorschub leistet.

Angeht die ungeheuren Opfer, die die Arbeiterschaft in den letzten Jahren mit einer in der ganzen Welt bewunderten Disziplin auf sich genommen hat, spricht die Regierung von „moralischer Zermürbung des deutschen Volkes“. Sie will den sogenannten „Staatssozialismus“ und die sozialen Leistungen an die Arbeitslosen, die Arbeitsunfähigen und Kranken für diese „Schwächung der moralischen Kräfte der Nation“ verantwortlich machen. Diese Sprache führt eine Regierung, die sich auf die Kreise der Großindustriellen, der Großagrarien und der pensionierten Offiziere und Generale stützt, von denen die einen Milliarden an Subventionen geschluckt haben, während die Mehrzahl der andern im gesicherten Besitz ihrer Pensionen alle ihre Kräfte gegen die Verwirklichung des Volksstaates einsetzt.

Das zeigt, in welchem Sinne diese Reichsregierung „den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen der werktätigen Bevölkerung“ zu führen gedenkt. Weiterer Lohnabbau für die noch in Arbeit Stehenden, weitere Kürzung der Renten für die Arbeitslosen und die Sozialrentner, Vernichtung des kollektiven Arbeitsrechts, mit einem Wort: soziale Entrechtung der Arbeiterschaft und rücksichtslose Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen, gleichzeitig aber Schonung und Schutz der Besitzenden, insbesondere der Großagrarien — das ist der Sinn des neuen Kurses, der „grundsätzlich neuen Richtung der Staatsführung“!

Die Regierung beruft sich auf „die unveränderlichen Grundsätze der christlichen Weltanschauung“, die sie zur Grundlage ihres neuen Deutschland machen will. Die „christliche Weltanschauung“ dieser Regierung läßt sich auf die einfache Formel bringen: „Seid untertan der Obrigkeit, die Gewalt über Euch hat“. Die geistige Freiheit soll auf allen kulturellen Gebieten des öffentlichen Lebens in Knechtseligkeit und Muckertum erstickt werden. Die Anpassung des staatlichen Lebens an die Armut der Nation soll durch die Anpassung des kulturellen Lebens an die geistige Armut der Kreise, auf die die Regierung sich stützt, bekräftigt und besiegelt werden.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Gegen diesen Generalangriff der sozialen und kulturellen Reaktion, gegen diese Regierung, die den Geist der Vergangenheit zu neuem Leben erwecken will, gegen diese Fanatiker des Rückschritts gilt es, alle Kräfte der Arbeiterschaft zu einmütigen Widerstand zusammenzufassen. Der frevelhafte Versuch, das Rad der Geschichte um ein halbes Jahrhundert zurückzudrehen, muß scheitern an der vereinten Kraft Eures unbeflegbaren Willens. Eure Lösung muß sein: Durch Einigkeit und Disziplin zur Freiheit!

Der Internationale Gewerkschaftsbund vertritt die Auffassung, daß es im Interesse des wirtschaftlichen wie politischen Friedens nur eine vernünftige Lösung gibt: **Unter das Reparationsproblem muß der Schlüsselstrich gesetzt werden!** Wenn jedoch die politischen Verhältnisse diese Entregung ohne neue Verzögerungen nicht gestatten, so muß die Lausanner Konferenz wenigstens zu einem allgemeinen Moratorium von mindestens 10 Jahren gelangen, das die Möglichkeit schafft, die internationale Solidarität der Völker wiederherzustellen und an Stelle des Wirtschaftskriegs die Zusammenarbeit zu setzen, die allein den gemeinsamen Wiederaufbau der Weltwirtschaft ermöglichen kann.

Es steht fest, daß eine derartige, von allgemeinem Versöhnungswillen getragene Lösung die Vereinigten Staaten von Amerika ohne langes Zögern dazu

bringen würde, freiwillig auf ihre Forderungen aus dem Krieg zu verzichten.

Der Internationale Gewerkschaftsbund weist mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß sowohl die letzte Arbeiterskonferenz des Internationalen Arbeitsamts als auch der Völkerbundrat die Notwendigkeit betont haben, daß zum Wohlergehen der ganzen Welt eine definitive Regelung des Reparationsproblems und der andern internationalen politischen Schuldenfragen erfolgen muß, die von Tag zu Tag dringlicher wird.

Nicht weniger deutlich wird in den Beschlüssen der Internationalen Arbeiterskonferenz und des Völkerbunds rats darauf hingewiesen, daß die Lösung des Reparationsproblems nur insofern wirksam werden kann, als die Staaten auch die Kriegsschuldenfragen und die allgemeinen Nahrungs- und Kreditprobleme

sowie die Probleme der Produktion und des Austausches regeln.

Es muß dabei zu praktischen Lösungen kommen, die die Wiederanfertigung der Wirtschaft auf der Grundlage gemeinschaftlicher Pläne ermöglichen unter dem Gesichtspunkt der systematischen Verbrauchssteigerung der Massen und der planmäßigen Ausgestaltung des internationalen Güteraustausches.

Der Internationale Gewerkschaftsbund, der die Volkswirtschaften vertritt, die am stärksten von der Krise betroffen werden, verlangt, daß die Stimme der Arbeiterschaft auf den Konferenzen, die mit der Lösung der bezeichneten Probleme beauftragt sind, gehört wird.

Bundesausschussigung des ADGB.

Am 14. Juni 1932 trat der Bundesausschuss des ADGB zu seiner 7. Tagung in Berlin zusammen.

Leipart leitete die Beratungen mit einer Würdigung der großen Verdienste von Albert Thomas, des Direktors des Internationalen Arbeitsamts, ein, den ein jäher Tod im vergangenen Monat seiner umfassenden Lebensarbeit entziehen hat. Albert Thomas war der wirkliche Begründer des Internationalen Arbeitsamts, er hat der Wirksamkeit dieses Amtes das geistige Gepräge gegeben. Der Verlust, den die internationale Arbeiterbewegung mit dem Tod dieser ideenreichen und willensstarken Persönlichkeit erlitten hat, ist nicht zu ersehen. Sein Tod ist tragisch für die gesamte Arbeiterbewegung gerade in dieser Zeit, in der die soziale Reaktion in allen Ländern sich zum Ansturm auf die Rechte und Errungenschaften der Arbeiterschaft anschickt.

Er gedachte dann in ehrenvollen Worten des Kollegen August Zwiß, der sein ganzes Leben dem Dienst der Arbeiterbewegung gewidmet hat, zunächst in seinem Beruf, dann im Deutschen Metallarbeiterverband, in den letzten anderthalb Jahrzehnten erst als Redakteur des „Korrespondenzblattes“, später im Archiv des Bundesvorstandes.

Dann gedachte Leipart des bisherigen Vorsitzenden des Gesamtverbandes Oswald Schumann, der zum ersten Male nicht an den Beratungen teilnimmt, da er seine Mutter niedergelegt hat. Seine großen Verdienste um die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung, sein nie versagender Rat verpflichten uns alle zu tiefstem Dank für seine in einem „Spezialheft“ Leben-geistliche Arbeit.

„Gewisse mir, daß der Vorstand der Arbeiterbewegung beschlossen hat, sich dem Deutschen Metallarbeiterverband anzuschließen. Der Verband, der nun seine Selbständigkeit aufgibt, kann auf die von ihm in langen Jahrzehnten geleistete Arbeit stolz sein. Beide Organisationen sind zu dem Beschluß zu beglückwünschen, der in beiderseitigem Interesse liegt.“

Leipart ging dann auf die Ereignisse der letzten Monate ein, seit die Gewerkschaften den Schrei nach Arbeitsbeschaffung erhoben haben. Er berichtete über die Beratungen der Spitzenorganisationen mit dem Kabinett Brüning, in denen mit großem Nachdruck von Seiten der Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen zu den geplanten Notverordnungen Stellung genommen wurde. Insbesondere haben sie sich entschieden für die Erhaltung der Arbeitslosenversicherung eingesetzt.

Die Regierung Brüning hat nach ihrem Sturz in einer besonderen Erklärung darauf hingewiesen, daß sie ein Programm zur Arbeitsbeschaffung für 600 000 Arbeitslose vorbereitet und auch die Finanzierungsfrage bereits geklärt habe. In den Verhandlungen mit den Gewerkschaften hatten die Gewerkschaftsvertreter nicht den Eindruck, daß die Pläne schon so weit gediehen waren, so nachdrücklich sich gerade die Gewerkschaften für die planmäßige Arbeitsbeschaffung eingesetzt haben. Es versteht sich von selbst, daß die Gewerkschaften an ihrem Programm der Arbeitsbeschaffung festhalten. Sie werden dieses Programm auch gegenüber der neuen Regierung mit der gleichen Entschiedenheit vertreten, mit der sie sich auch weiterhin für die Arbeitslosenversicherung einsetzen wollen.

Aber die programmatische Erklärung der neuen Regierung braucht kein Wort verloren werden. In diesem Kreis ist niemand, der den „neuen Kurs“ nicht auf das Schärfste verurteilt. Der Bundesausschuss wird diese Tagung benutzen, um seine Auffassung von der grundsätzlichen Neuorientierung entschieden zum Ausdruck zu bringen.

Ein neuer Wahlkampf steht bevor. Er wird mit größerer Heftigkeit geführt werden als je ein Wahlkampf bisher. Es müssen selbstverständlich von der gesamten Arbeiterbewegung alle Kräfte angepannt werden, denn es ist ein Schicksalskampf der deutschen Arbeiterschaft. Die Erzeugnisse von Jahrzehnten stehen auf dem Spiel.

Am 9. und 10. Juni hat der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Berlin getagt und auch über das Reparationsproblem beraten. Die Beratungen haben zu der Entschiedenheit geführt, deren Vorläufer vorausgehend wiedergegeben ist und in der Fortsetzung gipfelt, daß endlich ein Schlüsselstrich unter die Reparationen gezogen wird.

Stimme (Bundesausschuss) ergänzte die Ausführungen des Vorsitzenden durch einen Bericht über die

Beschlüsse und Maßnahmen, die in der Eisernen Front zusammengefaßt sind.

Leipart teilte ferner mit, daß die kommunistische Opposition und der Parteivorstand der SAP — je für sich — an den Bundesausschuss Einladungen zur Errichtung der „Einheitsfront“ der Arbeiterschaft gerichtet haben. Der ADGB, hieß es in dem Schreiben dieser Parteidruppen, sei berufen, die Initiative bei diesem Versuch zu ergreifen. Der Bundesausschuss sei jedoch der Auffassung, daß diese Gruppen am wenigsten berechtigt seien, nach einer „Einheitsfront“ zu rufen, auch sei genügend klar, was sie darunter verstehen. Ein Eingehen auf ihre Anregungen sei nicht eher möglich, bevor nicht diese Parteilicker durch ihr Verhalten beweisen hätten, daß sie ihre sinnlosen Angriffe, gegen die Gewerkschaften, einzustellen gedenken.

In der Diskussion wurde diese Auffassung bekräftigt. Namentlich könne von einem Zusammenwirken mit den Parteidruppen von der SAP, bis zur SAP, so lange keine Rede sein, wie sich hinter der Forderung der „Einheitsfront“ nur eine andre Methode verbirgt, nach altem kommunistischen Rezept in die Geschlossenheit der Gewerkschaften einzubrechen. Bei dieser Geschlossenheit der Gewerkschaften liege die Gewähr für die Einheit des Kampfes der Arbeiterklasse. Dieser Standpunkt schließt nicht aus, daß die Gewerkschaften dem ehrlichen Einheitsstreben, das sich in der Arbeiterschaft rührt, ein aufmerksames Ohr leihen werden.

Der große Ernst der politischen Situation wurde in der Aussprache wiederholt betont. In den kommenden Kämpfen werde die Arbeiterbewegung ihre Macht bis zum Äußersten einsetzen müssen, um die Gefahr zu bannen, die ihr von dem Regime der Reaktion droht. Die Arbeiterschaft habe aber auch bewiesen, daß sie zu kämpfen wisse. Allseitig wird mit ruhiger Bestimmtheit die Abzweigung ausgesprochen, daß es der Arbeiterbewegung gelingen wird, die großen Kämpfe, denen sie entgegengibt, erfolgreich zu bestehen. Die Gewißheit, daß die Arbeiterbewegung allen ihren Feinden auf die Dauer an innerer Geschlossenheit und geistiger Schöpferkraft überlegen ist, bildet den Grundton dieser Aussprache. Der Bereitschaft, alle Machtmittel der Arbeiterbewegung anzubieten, wird mit größter Entschiedenheit Ausdruck verliehen. Nach einstimmiger Annahme der vom Bundesausschuss vorgelegten und an der Spitze vorliegender Nummer des „Korr.“ veröffentlichten Kundgebung schloß Leipart die Aussprache mit folgenden Worten: „Die Gewerkschaften haben auch in der heutigen Situation, auch gegenüber dieser Regierung keinen Grund, mit geringerem Vertrauen in ihre Kraft den kommenden Kämpfen entgegenzugehen. Die Kampffront ist klar und eindeutig. Das Bewußtsein dieser Tatsache wird der Energie und der Schwungkraft der Gewerkschaften einen neuen Auftrieb geben.“

(Schluß folgt.)

Verheerender Wirtschaftsnationalismus

Die Bilanz des deutschen Außenhandels der letzten Monate führt die unsinnigen, auf Autarkie, d. h. auf wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit, gerichteten Pläne ad absurdum. Weil Deutschland im Jahre 1931 rund 3000 Mill. M. Ausfuhrüberschuss erzielte, meinten die in der bürgerlichen Ökonomie und unter den kapitalistischen Interessenpolitikern anzutreffenden Autarkisten, Deutschland sei auf dem Weg zur Autarkie schon ein gutes Stück vorwärts gekommen. Es sei nur notwendig, die Einfuhr noch mehr zu droffeln, um Deutschland in weitestgehendem Maß unabhängig von der Wirtschaft anderer Länder zu machen.

Nun hätten schon die ersten Monate dieses Jahres ein starkes Absinken des Außenhandelsüberschusses gebracht; im April beträgt er nur noch 54 Mill. M., gegen 163 Millionen Mark im Monat vorher. Ein Rückgang, der deshalb so beträchtlich ist, weil nicht nur die Warenausfuhr sich vermindert hat, sondern gleichzeitig auch die Einfuhr nach Deutschland eine Erhöhung erfahren hat. Diese Entwicklung bestärkt nur, worauf die Gegner der Autarkie immer wieder hingewiesen haben, daß nämlich der Bedarf eines Landes wie Deutschland unmöglich von der eigenen Wirtschaft befriedigt werden kann. Man kann die Einfuhr zwar droffeln und die Massen der Konsumenten zum Verzichten auf den Verbrauch gewisser Nahrungsmittel und Bedarfsartikel zwingen. Aber diese Bestimmungen müssen sehr bald ihre Grenzen finden, da eben die eingeführten Waren in ihrer überwältigenden Menge, sowohl was Lebens-

mittel als auch Rohstoffe anbetrifft, nicht überflüssig sind, sondern von Deutschland tatsächlich nicht entbehrt werden können. Gewiß, auch die Einfuhr dieser Waren kann man eine Zeitlang beschränken, aber da sie zur Erhaltung der Menschen und der Wirtschaft notwendig sind, werden die zurückgehaltenen Mengen später doch hereingelassen werden. Die Einfuhr von Lebensmitteln im Monat April hat die der drei vorhergehenden Monate überschritten, während die für Rohstoffe höher ist als im März und mit 219,9 Millionen Mark fast ebenso hoch ist wie im Januar, wo sie 221 Mill. M. betrug. Nur die Fertigwareneinfuhr zeigt seine Erhöhung auf.

Und noch ein andres macht die letzte Monatsausgabenbilanz deutlich. Der Ausfuhrüberschuss trifft ausschließlich die Fertigwaren, deren Zublutrie damit in steigendem Umfang Gegenwehrmaßnahmen der andern Länder zu spüren bekommt. Die verschiedensten Zweige der Fertigwarenindustrie, auch die, die vor verhältnismäßig kurzer Zeit noch eine regelrechte Ausfuhr unterhalten haben, erfahren jetzt, daß ihnen in den letzten Monaten das Auslandsgeschäft durch die Einfuhrbeschränkungen Englands, Frankreichs, der Tschechoslowakei, der Schweiz und andrer Länder so gut wie abgeschnitten worden ist. Der Ausfuhrüberschuss Deutschlands wurde aber zuletzt ausschließlich nur im Handel mit den europäischen Ländern erzielt. Natürlich stellt es in der bürgerlichen Presse nicht an Vorwürfen gegen das Ausland, das der deutschen Wirtschaft diese ersten Schwierigkeiten bereite. Wenn es nicht immer aus Konkurrenzneid und Bosheit gegen die Lebensnotwendigkeiten Deutschlands ankommen würde, so würde alles viel besser. Aber gemacht, es gibt, in der Welt eben nicht nur. Ist die deutsche, sondern auch für die Wirtschaft der übrigen Länder Lebensnotwendigkeiten, Länder, kann man nicht sagen, daß die von den in Deutschland wirtschaftlich und politisch ausschlaggebenden kapitalistischen Schichten so berücksichtigt worden wären, wie das stets für die eigene Wirtschaft gefordert wird. Deutschland hat mit seinen unerhörten Agrarzölle und andern handelspolitischen Maßnahmen den Abriegelungstendenzen zweifellos einen starken Antriebs geben. Das Abschließen der Verantwortung auf die andern Länder ist nur eine Flucht vor der eignen Schuld.

Man darf nicht vergessen: Sobald Deutschland nach dem Krieg seine handelspolitische Freiheit wieder erlangte, bemühten sich auch die Hochschulzöllner der Handelspolitik. Das war im Jahre 1924; bis dahin bestimmte der Artikel 267 des Versailler Friedensvertrags, daß Deutschland fünf Jahre hindurch den verbündeten Siegerländern einseitige Meistbegünstigung zu gewähren habe. Von 1924 ab wird Deutschland wieder, was es schon vor dem Krieg war, nämlich Hochschulzöllner. Es waren die Agrarier und die Schwerindustrie, die die weitgehenden Schutzollforderungen erhoben und sie im erheblichen Umfang auch durchsetzten; unbekümmert um die Belastungen, die daraus für die Volksmassen zuzüglich entstanden; unbekümmert aber auch um die Schädigungen, die diese Hochschulzöllner für andre Teile der Industrie hatte. Bereits 1928 war Deutschland das Land, das das Getreide mit den höchsten Einfuhrzölle belastete! Als es zum offenen Ausbruch der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise kam, wurde das Drängen nach Schutzzölle noch stärker. Da der Absatz auf dem Inlands- und dem Weltmarkt zurückging, so sollte der inländische Markt noch vollständiger als bisher der nationalen Industrie vorbehalten bleiben und diese gleichzeitig gestärkter für den erschwerten Konkurrenzkampf draußen machen.

Eine entscheidende Wendung nahm die internationale Handelspolitik nach dem Eintritt der internationalen Kreditkrise. Hatte sie bisher in der Hauptsache nur mit Zölle zum „Schutz der Arbeit und Wirtschaft“ gearbeitet, und waren diese Zölle sogar ein Mittel zur Überwindung der Agrarkrise und zur Milderung der Wirtschaftskrise ausgegeben worden, so wurde die Krise in vielen Ländern jetzt mit einem Schlag gewaltig verschärft. Denn der Zusammenbruch des internationalen Kreditgebändes führte fast plötzlich zur Zurückziehung erheblicher kurzfristiger Kredite und zur Verweigerung der Eingabe neuer Kredite. Während bei normalen handelspolitischen Beziehungen die Rückzahlung von Krediten oft durch eine entsprechende Warenausfuhr erfolgt, forderten die Gläubigerländer jetzt die Rückzahlung in Gold oder goldwertigen Devisen. In einigen Ländern kam es zu ersterer Erfütterung der Zahlungen, die mit den verschiedensten Maßnahmen gestützt werden mußten. Zahlungsaufschub

für Staats- und private Schulen wurden erlassen. Mit England lösten einige andre Länder ihre Währung vom Goldstandard los und gestakelten auch damit die internationale handelspolitische Lage nur noch schwieriger, ohne den Zweck, eine entscheidende Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, erreichen zu können.

Seit dem Juli des vergangenen Jahres macht die Handelspolitik beinahe aller Staaten den Eindruck, als sei es ihre Aufgabe, die über die eignen Staatsgrenzen hinaus laufenden wirtschaftlichen Beziehungen zu erschweren oder gar ganz zu zerreißen. Zum Schutz der nationalen Währung und der Wirtschaft haben sich alle Länder mit einer schier undurchdringlichen Mauer von Zöllen, Einfuhr- und Kontingentierungsbestimmungen, Devisenbewirtschaftungsmaßnahmen und andern Vorschriften umgeben, so daß der Außenhandel aller Länder durch diese Drosselung in jüngster Zeit mehr, als durch die Krise bedingt ist, zusammenschrumpft.

Überall gibt es unter den Kapitalisten einflußreiche Gruppen, die — auch im Hinblick auf die Entwicklung zu einem neuen Krieg — die Autarkie propagieren. Nach ihrer Auffassung soll also die Abschließung der nationalen Wirtschaften von der Weltwirtschaft der Normalzustand werden. Die Länder sollen die eigne Wirtschaft so zu entwickeln, zu regeln und zu beeinflussen versuchen, daß sie imstande ist, das ganze Land selbst zu versorgen und es damit, was im Fall eines Kriegs ganz außerordentlich wichtig ist, von der Einfuhr aus dem Ausland weitgehend unabhängig zu machen. Als ob es nicht schon genug Wirtschaftsnationalismus und in den alten und vor allem in den nach dem Kriege neu entstandenen Staaten zu viel künstlich aufgebaute Produktionsindustrien gäbe. Die vollständige Autarkie ist eine Unmöglichkeit, davon müssen sich nach und nach auch ihre borniertesten Anhänger überzeugen. Aber dennoch hat ihr Einfluß in einzelnen Ländern zur Steigerung des Wirtschaftswirrwarrs doch erheblich beigetragen.

Wie sehr aber die Länder mit der Einfuhrdrosselung sich ins eigne Fleisch schneiden, das bekommen sie alle miteinander zu spüren. Denn die Einfuhr ist ja nur möglich, wenn die andern ausführen. Wird diesen Ländern durch eine mehr oder weniger scharfe Einfuhrzölle der andern Länder die Ausfuhr unterbunden, so wird ihre Kaufkraft stark geschwächt und sie kommen als Einfuhrländer für solche Länder, die auch ausführen wollen, nur in viel geringerem Umfang in Betracht. Denn was in dem einen Land als Luxusimport bezeichnet werden mag für das Land, das jene „Luxus“waren liefert, ist ihre Ausfuhr lebensnotwendig, wenn es seinerseits wieder als Konsumant auf dem Weltmarkt erscheinen soll.

Noch ist diese Erkenntnis geschehen und kann einen Umschwung in den handelspolitischen Maßnahmen nicht herbeiführen. Man möchte bei bestehenden „Zustand“ fast „das regelrechte Kriegsjährigen“ bezeichnen, bei der die Welt teilte sich in eine Verteidigungsstellung zurückgezogen haben und über hohe Zoll- und Kontingentierungsmauern hinweg beobachteten, was die andern tun, währenddessen hinter den Festungswällen die Not und das Arbeitslosensehend freigen.

Diese Mittel, mit denen der Kapitalismus die internationale Krise seines Wirtschaftssystems besichtigen wollte, haben sie nur noch weiter verschärft und damit allerdings auch die Lage der Arbeiterklasse weitgehend verschlechtert. Doch so klar diese Folgen zutage liegen, die Regierungen und die hinter ihnen stehenden kapitalistischen Interessen gehen die eingeschlagenen falschen Wege weiter. Auch die letzte Tagung der handelspolitischen Kommission des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist nicht zu einer offenen Ablehnung der Einfuhrdrosselung, wie sie vor allem durch eine bewußte Beschränkung der Devisenverteilung für die Einfuhr bewirkt wird, gekommen.

Durch die Kontingentierungsverträge, wie sie allein schon in mehr als 30 zwischen den deutschen und französischen Industriellen- und Handelsverbänden abgeschlossen worden sind und in denen die Einfuhr der Menge oder dem Wert nach scharf begrenzt ist, können die schweren Schäden kaum gemildert werden.

Am nun trotz der einer Unterbindung des Außenhandels gleichkommenden Drosselungsmaßnahmen dennoch Geschäfte mit ausländischen Firmen treiben zu können, scheint man sich jetzt zu freieren Methoden des Warenverkehrs zurückzufinden. Man versucht, für den Warenverkehr Taufschäfte zustande zu bringen, dergestalt, daß man Leuna-Salpeter gegen ägyptische Baumwolle, deutsche Kohlen gegen brasilianischen Kaffee, deutsche Landmaschinen gegen dänisches Schlachtvieh austauscht. Die Schweiz, die auch harte Einfuhrbeschränkungen durchführt, sucht diesen Taufshandel sogar vom Staat her zu organisieren. Doch solche handelspolitischen Notbehelfe eine günstige und nachhaltige Wirkung auf den Weltmarkt haben und ihn auf die Dauer fördern können, werden wohl selbst die, die ihm jetzt diese Krücken reichen, nicht glauben.

Die Experimente, die die Regierungen der kapitalistischen Staaten auf handelspolitischem Gebiet machen, sollen helfen, den Kapitalismus über die schwere Krise seines Wirtschaftssystems hinwegzubringen. Es ist ja von jeder die Aufgabe der Handelspolitik gewesen, die Stellung der verschiedenen Produzenten- und Händlergruppen auf den in- und ausländischen Märkten günstig zu beeinflussen und zu stärken. Denn diese als die Bestzer der Produktionsmittel unterhalten die wirtschaftlichen Beziehungen nach außen. Der Staat selbst, wenn nicht etwa ausnahmsweise einzelne Produktionszweige verstaatlicht sind oder für einzelne Waren ein staatliches Handelsmonopol errichtet

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Paul Mähl in Glogau

Eingetreten: 12. Februar 1882 — Jetzt Invalide



Albert Krüde in Berlin

Eingetreten: 19. Juni 1882
Jetzt Invalide



K. Falkenberg in Frankfurt a. M.

Eingetreten: 20. Juni 1882
Jetzt Invalide



worden ist, betreibt von sich aus keine Warenein- und -ausfuhr. Selbst der Devisen- und Kapitalverkehr wird meistens durch private Bankinstitute erledigt. Es hindert auf dem Gebiet der Handelspolitik in eigentlichen „Einen“ privatwirtschaftliche Beziehungen, die da zwischen den Ländern bestehen und die vom Staat geregelt und beeinflusst werden, nicht im Sinn übergeordneter Staats- oder allgemeiner Volksgemeinschaftsinteressen, sondern im Interesse der den kapitalistischen Staat ökonomisch und politisch beherrschenden kapitalistischen Klassen.

Bis die Arbeiterklasse in den verschiedenen Ländern noch nicht über die organisierte Macht verfügt, um im revolutionären Kampf die privatkapitalistischen Grundlagen der Staaten zu beseitigen, muß sie ihren Einfluß auf dem Gebiet der Handelspolitik dahin geltend zu machen versuchen, daß die Abriegelung der nationalen Wirtschaften voneinander nicht noch weiter getrieben wird. Beseitigung der sie trennenden Grenzen, Niederreißen der künstlich aufgerichteten Schranken ist notwendig. Die Zollmauern müssen abgetragen, die Monopolherrschaft nationaler Produktionsverbände auf den inländischen Absatzmarkt gebrochen werden. Durch den Ausbau der internationalen Arbeiterschutzeinrichtungen muß dem sozialen Dumping entgegen gewirkt werden. So sehr der Schutz der Währung im Vordergrund zu stehen hat, so dürfen doch keine Maßnahmen gebildet werden, die unter dem Vorzeichen, die Währung zu sichern, den Inlandsmarkt noch stärker von der Weltwirtschaft abschließen wollen. Soll der Mechanismus des bestehenden Wirtschaftssystems wieder einigermaßen funktionieren, so wird der freie Zahlungsverkehr wieder hergestellt werden müssen. Dazu ist die Überwindung der internationalen Kreditkrise notwendig.

In engerer Verbindung tritt sich hier die Handelspolitik mit der allgemeinen Politik der Länder. Die Streichung der politischen Schulden, Verständigung über den Zinsendienst und über die Rückzahlung der übrigen Schulden, Verständigung über die Reparationsfrage — das sind die notwendigen Ergänzungen einer Handelspolitik, die, statt die Krise zu verschärfen, sie überwinden will.

Es gilt auch für die Handelspolitik: Verständigung mit Frankreich über das Reparationsproblem, die Brütlung und die übrigen im Vordergrund stehenden politischen Fragen.

Jugend und Krieg

Gewissenlose Kriegshetzer und politische Abenteuer, denen das friedliche Zusammenleben der Völker nicht gefällt, versuchen die Jugend für neue kriegerische Auseinandersetzungen zu begeistern. Sie spekulieren dabei auf die Bereicherung der Menschheit, die sich an die Dinge von 1914 bis 1918 nicht mehr gern erinnert, weil zu viel Leid damit verbunden war, und die Jugend kennt den Weltkrieg nicht aus eigener Erfahrung. Je mehr wir uns vom Krieg entfernen, desto mehr wächst die Gefahr, daß sich die Jugend an den kriegerischen Reden begeistert. Wirt-

schafliche Not und Abenteuerlust in Verbindung mit der durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Untätigkeit spielen dabei eine große Rolle. Die Heißblätter der Rechten schüren den Kriegsgedanken, man spricht von der „großen Zeit“, und alte Generäle, die das blutige Morben im Schützengraben aus sicherer Entfernung beobachteten, predigen von der „Notwendigkeit des Kriegs, der ein Naturgesetz sei“. Die Kohlrübenzeit, das Kartensystem, stundenlanges Aufstehen nach ein paar Gramm Butter, das tägliche Abschlagen von vielen tausend jungen Menschenleben — das alles fällt bei diesen Leuten unter den Begriff „die große Zeit“. Für viele war allerdings der Krieg eine Baderut, die ihnen gut bekommen ist. Die Munitionsfabrikanten und Heereslieferanten machten glänzende Geschäfte, mancher von ihnen ist erst während des Kriegs etwas geworden, und die wildesten Kriegsschreier saßen „unabkömmlich“, weit vom Schuß und unbesorgt um ihr Leben, zu Hause und leisteten Kriegsdienste auf ihre Art.

Wie sehr sich die politisch rechts eingestellten Kreise schon wieder mit Kriegsgedanken beschäftigen, beweist die Tatsache, daß die mecklenburgische Landesuniversität Rostock, die unter Aufsicht einer Rechtsregierung steht, eine Vorlesung über Wehrpolitik und Kriegsgeschichte ins Leben gerufen hat. Die Universität Rostock kann damit den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, als erste deutsche Universität in der Republik dem Kriegsgott die Tore einer Lehrstätte geöffnet zu haben. Als Themen sind für das Sommersemester unter andern vorgegeben: Friedrich der Große, Napoleon — Gneisenau, Streifzüge durch den Weltkrieg, von Gumbinnen bis Tannenberg, Verdun und Herbstlage 1918. Schon die Wahl der Themen zeigt, was der akademischen Jugend gelehrt wird. Wir sind nicht neugierig, würden uns aber auch nicht wundern, wenn unter dem vielversprechenden Thema „Herbstlage 1918“ die Dolchstoßlegende aufgewärmt wird.

Die Rechtspresse ist über den Schritt der Rostocker Universität entsetzt. Das Berliner Organ der Nationalsozialisten, der „Angriff“, Herausgeber Joseph Gebbels, der nach einem Ausspruch des Reichsinnenministers Groener „den Krieg nur vom Hörensagen kennt“, schreibt dazu: „Die unbedingte Notwendigkeit, unsre heranwachsende Jugend auf die Fragen der Wehrpolitik hinzuweisen, ihnen zunächst theoretisch die Grundlagen auf diesem bisher bewußt vernachlässigten Gebiet zu geben, wird heute in immer weiteren Kreisen anerkannt. Der stets volle Sörfaal in Rostock beweist, daß die akademische Jugend sich nicht die Mühe verdrängen läßt, und gern Opfer bringt in dem Bewußtsein, Jugend zu sein, die einmal vor großen Aufgaben zu stehen berufen sein wird.“

Diese Begeisterung des nationalsozialistischen Organs beweist uns, wo wir heute die Kriegshetzer zu suchen haben. Vor dem Krieg sahen sie in dem Reichen der Kapitalisten, in den Kreisläufigen Hoffnungen Zanker und Scherzbrone, heute sind sie bei den Nationalsozialisten, die sich verschämt „Arbeiterpartei“ und „Sozialist“ nennen. Sie wissen vielleicht gar nicht, daß ein richtiger Sozialist niemals Anhänger des Kriegsgedankens sein kann, denn Sozialismus und Kriegswissenschaft passen nicht zueinander, sie stehen sich ebenso feindlich gegenüber wie Feuer und Wasser. Das ganze mit einem Appell an die Opferfreudigkeit der Jugend verbrämte, ist ebenso abgeschmackt wie die Darstellung Wilhelm II. als den größten Kriegshelden, den die Weltgeschichte kennt. So will man die Jugend fangen.

Es ist unverantwortlich und gewissenlos, die Jugend in neue Kriegsabenteuer hineinzutreiben zu wollen, nur weil die unverbesserlichen Militärs darin die Krönung ihres sonst langweiligen und eintönigen Lebens erblicken. Die Arbeiterjugend ist nicht kriegsbegeistert, und die sozialistische Jugend lehnt Kriege grundsätzlich ab. Die größten Opfer des Kriegs stellt immer die Arbeiterklasse, sie wird nur als Kanonenfutter betrachtet, als Material, über das man genau so disponiert wie über Pferde, Geschütze, Munition und Gewehre. Die Aufnahme des Kriegsunterrichts in die Lehrpläne der Schulen steht auch im Widerspruch mit der Reichsverfassung, deren Artikel 148 die Erziehung der Jugend im Geist der Völkerverbrüderung verlangt.

Die Opfer des Kriegs, die heute mit einer Hungerrente abgepeißt werden, lehnen den Krieg als unmoralisch, entsetzlich und menschenverderblich ab. Sie wenden sich an die Jugend und legen ihr nahe, alle kriegerischen Vorbereitungen zu bekämpfen. Die großen Organisationen dieser Kriegsoffer, die international zusammengeschlossen sind und über 5 Millionen Mitglieder umfassen, hatten alljährlich ihre Kongresse ab und richteten von dort ihren Appell an die Jugend, im Geist der Völkerverbrüderung unter den Menschen zu wirken. Der Warschauer Kongress der Kriegsoffer von 1920 wandte sich mit folgendem Appell an die Jugend, der heute wieder zeitgemäß ist:

„Angesichts der Tatsache, daß die Erinnerung an die suchtbaren Leiden, die der Weltkrieg über die Menschheit gebracht hat, zu verblasen beginnt, und im Hinblick auf das Heranwachsen einer neuen Generation, die den Krieg aus eigenem Erleben nicht kennt, halten es die in der internationalen Arbeiterschutzeinrichtung organisierten drei Millionen europäischer Kriegsoffer für ihre heilige Pflicht, der Gegenwart die grauenvolle Bilanz des vierjährigen Massenmordens immer wieder vor Augen zu führen. Europa hat infolge des Kriegs einen Menschenverlust von 45 Millionen erlitten, wovon 10 Millionen auf den Schlachtfeldern geblieben sind, 15 Millionen infolge von Hunger und Überarbeit ins Grab sanken, 20 Millionen nicht geboren wurden, 10 Millionen sind verkrümmt oder krank in die Heimat zurückgeführt. Der Wohlstand ganzer Generationen wurde zerstört. Sieger und Besiegte sind in

eine drückende Steuer- und Schuldnenschaft gestürzt, Moral und Zivilisation der Menschheit auf einen unerschütterlichen Tiefstand herabgedrückt worden. Das unermeßliche Menschenleid, das sich in dieser Bilanz ausdrückt, die ungeheure Bedeutung dieser Verluste für die Zukunft der Völker macht es den Zeitgenossen der Kriegsalastrophe zur Pflicht, die heranwachsende Jugend der Welt vor der geistigen und seelischen Vergiftung zu warnen, die im Vertrauen auf die Vergesslichkeit der Menschen und die Abenteuerlust der Jugend von den Anfängern des Kriegs und der Gewalt in zunehmendem Maße versucht wird."

Das ist eine eindringliche Mahnung an die Jugend, ein Appell an die Vernunft. Die Folgen des Kriegs sind Not und Elend, Jammer und Verzweiflung, die Menschheit wird von den blutenden Wunden in Jahrzehnten nicht geheilt. Nur gewissenlose Scharlatane und rüchsischste Verdienner, denen es gleichgültig ist, wie sie zu Reichtum gelangen, können verantwortungslos die Jugend zu neuen Kriegen hegen. Es ist kein Heldentum, unbekannte Soldaten von der andern Seite zu erschlagen, wie es auch keine ruhmenswerte Tat ist, Dörfer und Städte in Schutz und Hilfe zu verwandeln. Goethe schuf mit seiner Dichtung „Faust“ ein bleibendes Ruhmeswerk, und was haben die großen Kriegerhelden für bleibende Werte geschaffen? Ihr Ruhmesweg ist mit toten Menschenleibern gepflastert.

Die Arbeiterjugend darf sich nicht wieder als Kanonenfutter mißbrauchen lassen. Allen Kriegshebern muß ein energieloses Zurück zugerufen werden. Wir brauchen Aufbau und Ausbau der Wirtschaft, kulturellen Aufstieg und geistige Bildung der Menschheit, aber keine Vernichtung wirtschaftlicher und geistiger Werte. Jeder Krieg hat wirtschaftlichen Niedergang und geistige Wirrnisse zur Folge, und unsere Gegenwart, unter der gerade die Jugend schwer leidet, ist ursächlich bedingt durch den großen Weltkrieg. Unser Ziel ist der Sozialismus, eine Gesellschaft, in der es kein Heldentum auf den Schlachtfeldern mehr gibt, aber ein Heldentum auf dem Gebiet zur Schaffung kultureller und geistiger Werte. Stolz kann die Jugend sein, der es verdorben war, an die Verwirklichung dieser hohen Menschheitsziele mitzuwirken. Uns schreckt nicht das Donnern der Kanonen, denn der Geist war immer stärker als die Gewalt. ... sin.

Korrespondenzen

Breslau. In der Bezirksversammlung am 25. Mai berichtete Gauvorsitzer Feige über den Abschluß der Lohn- und Manteltarifverhandlungen. Er streifte kurz alle Phasen der vorangegangenen Verhandlungen, unterzog dann das Ergebnis der freien Vereinbarung einer ausführlichen Besprechung und legte am Schluß seiner Ausführungen die Gründe dar, die den Verbandsvorstand und die Gauvorsitzer zur Zustimmung gezwungen haben. Die große Erbitterung, welche dieses Mißbehagen in der Kollegenchaft hervorgerufen hat, kam dann in der Diskussion zum Ausdruck. Kollege Sporn, bei der Stellungnahme des gesamten Ortsvorstandes zum Ausdruck, wundert sich, daß der Verbandsvorstand diesen Verschlechterungen keine Unterschrift geben konnte. Daß man die einzelnen Punkte der Vereinbarung und die Protokoll-erklärungen nicht so optimistisch betrachten kann wie Kollege Feige, zeige das Siegesgeschrei der „Zeitschrift“. Wenn sie jubelt: „Die erste Bresche in bezug auf Kürzungen ist geslagen“ und obendrein die ganzen Verschlechterungen nur als „Abflächung“ bezeichnet, dann zeigt dies wohl an deutlich, wohin uns das dauernde Ausweichen bringt. Die größte Erbitterung hat die Kürzung der Sichtlohnzüge, das Urlaubsgeldes und des Lehrlingsurlaubsgeldes hervorgerufen; doch weit schwerer werden die Auswirkungen sein, die die Änderung der Bestimmungen über die Kurzarbeit zur Folge haben wird. Aus all den angeführten Gründen mißbilligt der Ortsvorstand die Unterzeichnung dieses Abkommens. Den schärfsten Besuch der heutigen Versammlung besagte Kollege Kallente als deutliches Symptom dafür, daß die Kollegen enttäuscht sind. In allen Orten hat die Ablehnung des Schiedspruchs einmütige Zustimmung gefunden und um so enttäuschter ist man jetzt, wo man dieselben Verschlechterungen in Form einer freien Vereinbarung vorgelegt erhält. Bei dem Berliner Metallarbeiterstreik im Jahre 1930 hat man vergeblich auf eine Aktion des ADGB gewartet, und die Folgen des verlorenen Kampfes gegen den Lohnraub haben alle Arbeiter zu spüren bekommen. Die freie Vereinbarung der Buchdrucker wird allen andern Unternehmern ein Signal sein, dieselben Verschlechterungen bei ihren Arbeitergruppen einzuführen. Es ist daher die höchste Zeit, endlich einmal zu kämpfen. In gleichem Sinn protestierte Kollege Wiede gegen das Abkommen, und nur Kollege Heintze versuchte, in seiner Kritik ein kommunikatives Parteiappell zu tönen. Dies rief Kollege Kallente auf den Plan, der den Vorredner darauf hinwies, daß alle Diskussionsredner, ohne Parteipolitik zu treiben, ehrlich gegen die wirtschaftlichen Verschlechterungen protestiert haben. Neut steht die Frage nicht mehr ob ADGB, CPD, oder SPD, sondern es gilt, alle Arbeiter in einer Einheitsfront zusammenzufassen. Nach dem Schlußwort des Kollegen Feige wurde eine gegen die Vereinbarung gerichtete Entschlüsselung angenommen.

Dortmund. In der Bezirksversammlung am 20. Mai in Hamm i. W. hieß der Vorsitzende Kästing (Hamm) nach dem Vortrag des stimmungsvollen Chores „Lord Folson“ durch die Dortmunder „Typographia“ die zahlreich erschienenen in renovierten Heim der freien Gewerkschaften herzlich willkommen und wünschte der Tagung fruchtbringenden Verlauf. Anschließend begrüßte Kollege Kästing besonders die Neuanwesenden und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die junge Generation auch in gewerkschaftlicher Beziehung voll und ganz ihren Mann stellen werde. Die letzte Vorkonferenz ergab, gemessen an der Zahl der noch beschäftigten Gehilfen, daß unser Bezirk reichlich mit Lehrlingen versorgt ist. Statistisch

Der Angriff
 auf Deine idealen Bestrebungen muß Dich gerüstet
 finden, Kollege.
 Wirb für die Büchergilde Gutenberg.

erfaßt wurden: 90 Seher, 48 Drucker und 3 Stereotypsetzer sowie ein Schweizergeher. Trotz großer Arbeitslosigkeit ist der Bestand der Bezirksliste auch im ersten Quartal 1932 stabil geblieben. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Mit einigen Restanten wird sich noch der Vorstand beschäftigen, um auch darin Ordnung zu schaffen. Kollege Batsch berichtete über die stattgefundene Konferenz der Jugendleiter vom Gau. Es nahmen daran vier Kollegen aus dem Bezirk teil. Den Anwesenden wurde der Bericht eines Einblicks in die umfangreiche Arbeit unserer Lehrlingsabteilung, zugleich wurde die Notwendigkeit verklärter Mitarbeit der Gehilfen eingehend begründet, um durch bewußte Erziehung und Aufklärung der Jugendlichen gegenüber dem reaktionären Anturum und falschlicher Vernebelung einen Damm zu errichten. Die Ergebnisse der diesjährigen Frühlings-Gehilfenprüfung wurden mitgeteilt. Als Auswirkung der Eignungs- und Zwischenprüfungen können in diesem Jahr bessere Rekrutate vermerkt werden. In prägnanten Ausführungen berichtete Kollege Kästing über den Verlauf der gewerkschaftlichen Tarifverhandlungen und die gegenwärtige Situation. Die starke Engagierung des juristischen und berufsfremden Elements, in Verbindung mit maßloser Antragstellung haben sich als hemmende Faktoren zur Herbeiführung des gewerkschaftlichen Friedens erwiesen. Wenngleich es sich vorwiegend um Abwehr der zahlreichen prinzipialistischen Verschlechterungsanträge gehandelt habe, so ergab sich doch die Notwendigkeit zu sachlicher Würdigung des Erreichten. In der Aussprache wurde die mehr forschende als fahndende und imponierende Baterschaft eines juristischen Syndikus aus dem Kreise 2 zu dem prinzipialistischen Tarifentwurf gebührend beleuchtet. Die maßlose Antragstellung unserer gewerkschaftlichen Gegenspieler müsse zu Konsequenzen unsererseits führen. Rühmlich sei noch erwähnend zu überlegen, ob unsere Organisation den Mitgliedern durch Abschluß ähnlicher Tarifverträge derart schwere Belastungen zumuten dürfe.

Samburg. (Maschinenleger.) In unserer Versammlung am 20. Mai machte zunächst Vorsitzender Ratho einige geschäftliche Mitteilungen und gab verschiedene Eingänge bekannt. Das Rundschreiben der Zentralkommission, das sich mit den Manteltarifverhandlungen befaßt, hat besondere Beachtung. Kollege Kneufcher als Berichterstatter bei der Berufsgenossenschaft wies dann auf eine Sitzung der Technischen Kommission der Berufsgenossenschaft am 5. Juni hin und brachte verschiedene Forderungen der Maschinenleger zum Ausdruck, die unbedingt in den Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft einzubeziehen sind. Insbesondere mißfiel die Ablehnung aus der Maschinenlegerseite, daß die Magazinschein mit den bisherigen Büchsen im Arbeitsraum vorgenommen wird. Kollege Neufcher wurde nach einer ausgiebigen Aussprache, in der viele sanitäre Mängel besprochen wurden, ersucht, die Forderungen der Maschinenleger auf dieser Sitzung zu vertreten. Der Kassierer gab dann den Bericht über das erste Vierteljahr; ihm wurde einstimmig Entlastung erteilt. Als Tagungsort für unsere diesjährige Wanderversammlung wurde Elmshorn bestimmt und der Vorstand mit den erforderlichen Vorarbeiten beauftragt; die Versammlung wird Ende August stattfinden. Die Technische Kommission wurde einstimmig wiedergewählt. Man hielt Kollege Kästing für den letzten Versammlung abgeleiteten Vortrag über die auswärtigen Jahresberichte. In interessanten Ausführungen stellte er Vergleiche aus den verschiedenen Berichten an und streifte besonders auch den Jahresbericht der Zentralkommission, den er den Kollegen zur besonderen Beachtung empfahl. Der Vortrag, der eine lebhaftige Aussprache nach sich zog, wurde beifällig aufgenommen. Mit dem Technischen fand die interessante Versammlung ihren Abschluß.

Karlsruhe. In der Ortsvereinsversammlung vom 20. Mai wurde Kollege Wilhelm Meier einstimmig zu dem laut Gaustatut von Karlsruhe zu stellenden Beisitzer im Gauvorstand gewählt. Unter „Mittelungen“ wurde bekannt gegeben, daß auf Veranlassung der ADGB Erwerbslosenvereine gebildet werden, um die Erwerbslosen den Organisationen zu erhalten und sie stets durch Vorträge mit den aktuellen sozialpolitischen Fragen beschäftigen zu können. Bei der Stellungnahme zum Lohnwährungsreform der Hilfsarbeiter kam einmütig zum Ausdruck, daß die Kollegen unter keinen Umständen bei Durchführung der von den Prinzipalisten angebotenen Kampfmaßnahmen andre Arbeit verrichten werden als bisher. Sechs Kollegen, die schon Mitglied der Lehrlingsabteilung waren, wurden einstimmig in den Verband aufgenommen. Um die Aufnahme eines weiteren Kollegen, der früher schon Mitglied war, entpinn sich eine scharfe Diskussion wegen seiner Mitgliedschaft bei den Nationalsozialisten. Gegen sechs Stimmen wurde schließlich die Aufnahme getätigt. Den Bericht über den Gauvertrag erstattete Kollege Böhn. Dieser befaßte sich in der Hauptsache mit dem bereits in der Haltung der Oberländer Delegierten scharf kritisiert, die immer geschlossen gegen die Anträge aus dem Bezirk Karlsruhe stimmten. Die ausführlichen statistischen Aufstellungen des Kollegen Kästing betreffend Zusammenlegung der Bezirke, die eingehende Begründung der Anträge auf Verlegung des Gauvorortes Heßen derart geschlossenen Pfalz zum Dpfer. Recht sonderbar berührte die Mitteilung, daß auf Antrag der Oberländer Kollegen der nächste Gauvertrag in Vörrad stattfindet, wenn sich die Verhältnisse nicht wesentlich verschlechtern als heute, obwohl die Karlsruhe Kollegen deshalb bekämpft wurden, weil sie sich dieses Jahr für Konstanz einsetzten. Zu den Ergebnissen der Manteltarifverhandlungen wurde in der Diskussion ebenfalls Stellung genommen und verlangt, daß in Zukunft die Kol-

legen über Annahme oder Ablehnung einer Vereinbarung in einer Urabstimmung entscheiden sollen. Im Schlußwort ging Kollege Böhn auf die aufgeworfenen Fragen kurz ein, glaubte aber, daß eine Urabstimmung nicht nötig gewesen sei, da der größte Teil der Kollegen vernünftig genug sei, dieser Vereinbarung zuzustimmen. Im übrigen liegt der Gauvertrag nun hinter uns und müssen wir nun versuchen, im Interesse des Verbandes und der Kollegen, im Gau zusammenarbeiten, trotzdem der Gauvertrag nicht den Ausgang genommen hat, der zu erhoffen gewesen wäre. Vom neuen Gauvorsitzer ist zu erwarten, daß er für die Zukunft der Mehrzahl der Kollegen des Gaues Rechnung trägt. Das einseitige Auftreten des Kollegen Schweinitz konnte nicht befriedigen, hat er doch nicht einmal zu der brennenden Tariffrage das Wort ergreifen. Kollege W. Meier machte nun noch Ausführungen über die Auswirkungen der Änderungen im Manteltarif. Diese klangen aus in einem Appell, gerade in der heutigen Situation unter allen Umständen einig und geschlossen zusammenzutreten. Noch nie war dies notwendiger als heute, wo die Zeiten auf Sturm stehen. Keine gegenseitige Bekämpfung, sondern vereint gegen das Kapital.

Anmerkung der Schriftleitung: Wie aus dem offiziellen Gauversichtsbericht in Nr. 43 hervorgeht, wurde die Tariffrage am Sonnabend behandelt und erledigt, während Kollege Schweinitz erst am Sonntag früh nach Konstanz kam. Seine Abicht, auf dem Gauvertrag über organisatorische Fragen zu sprechen, wurde leider vereitelt, da die Behandlung der internen Fragen des Gaues die für den Gauvertrag vorgesehene Zeit über Erwarten in Anspruch nahm.

Mannheim. In unserer Bezirksversammlung am 21. Mai gelangten drei Kollegen aus der Lehrlingsabteilung zur Aufnahme. Gerügt muß wiederholt werden, daß von den sich zur Aufnahme Meldenden welche fehlen, die daher nicht aufgenommen werden können. Hierauf äußerte sich der Vorsitzende eingehend über das Ergebnis der Manteltarif- und Lohnverhandlungen. Eine vorher abgehaltene Bezirksvorsitzendenkonferenz habe ausführlich dazu Stellung genommen. Es mögen wohl bestimmte Gründe vorgelegen haben, daß der Mantel- und Lohnvertrag in freier Vereinbarung, ohne Schiedsgericht, abgeschlossen wurde, wiewohl dieses eine schwere Belastung für die Gehilfenchaft bedeutet. Neben andern Verschlechterungen bedeutet die Reduzierung des Urlaubsgeldes auf 75 Proz. wohl das für die Gehilfen am wichtigsten Tragbare. Die Diskussion war ausgiebig und sachlich. Gauvorsitzer Conradi erläuterte nochmals in kurzen Ausführungen die Verhandlungen, dabei die wirtschaftliche und politische Lage kennzeichnend. Er verwies auf die rigorosen Verschlechterungsanträge der Unternehmer und auf ihre Fähigkeit. Unser Vertreter operierten mit taktischer Klugheit, um das Äußerste zu verhindern und die Gehilfenchaft nicht noch mehr ins Elend zu stoßen. Zum Schluß machte Vorsitzender Schramm noch einige Ausführungen zu den von den einzelnen Diskussionsrednern geäußerten Ansichten mit der Mahnung, auch in diesen trüben Zeiten die Solidarität hochhalten.

Nordhausen. Die Bezirksversammlung des Ortsvereins am 28. Mai, die einen zahlreichen Besuch aufzuweisen hatte, nahm der Bericht von den Tarifverhandlungen entgegen. Dieser wurde vom Vorsitzenden und Bezirksleiter, Kollegen Schützler, nach einem Bericht des Gauleiters, Kollegen Hugo König (Halle), auf der Bezirksleiterkonferenz am 21. und 22. Mai in Halle gegeben. Er schilderte, von dem ersten Zusammentritt der Tarifparteien am 15. März ausgehend, den Verlauf der Verhandlungen, streifte die Anträge der Unternehmer und die Verhandlungen bis zur Anrufung des Zentral-Schiedsgerichtsausschusses durch den Deutschen Buchdrucker-Verein, und kam dann auf die Wiederaufnahme der Verhandlungen am 30. März, nach deren ergebnislosem Verlauf dann der Schiedspruch gefällt wurde, der schließlich zu der Tarifvereinbarung führte. Er verlas dann eine Resolution der Bezirksleiter und im Anschluß daran eine ebensolche der Bezirke Wiesbaden, Düsseldorf und Kassel. Im Verlauf einer erregten Diskussion, die sich bis in die späten Stunden hinauszog, wurde über die Bezirksleiterresolution und auf Antrag des Kollegen Heine über die des Bezirks Kassel abgelehnt. Es ergab sich eine Annahme mit großer Mehrheit für die Kassel Resolution. Diefelbe protestiert gegen die der Gehilfenchaft auferlegten Verschlechterungen und das abermalige Nachgeben gegenüber den Forderungen der Unternehmer. Sie fordert Klärung zu den alterproben gewerkschaftlichen Kampfmethoden und für die Zukunft die Beachtung der Wünsche der Mitglieder.

Münsterberg. (Sander.) In unserer Versammlung am 27. Mai kamen aus den Mitteilungen der Zentralkommission die wichtigsten Artikel zur Beratung. In der angeregten Diskussion wurde der § 3 Ziffer 7 und 10 des Tarifs einer Kritik unterzogen. Hier zeigte es sich, wie wichtig solche Fragen für uns sind und welchen Vorkurs unsere Sparte in der Bewegung hat. Als trauglicher Abschluß in der Tariffrage seit Bestehen unserer Organisation wurde der letzte Abschluß bezeichnet. Wir wollen nicht kritisieren, nur hoffen, daß uns doch noch ein andres Ziel zu unserm Besten führen wird. Die diesjährige Wanderversammlung soll trotz Wirtschaftskrise nach Neumarkt in der Oberpfalz durchgeführt werden, da die Notwendigkeit erkannt wurde, auch etwas für die Pflege der Kollegialität zu tun. Zur fünften Vorstandskonferenz in Wilmshagen wurden vier Kollegen und zwei Ersatzdelegierte aufgestellt. Als letzter Punkt kam die neugegründete Arbeitsgemeinschaft zur Kenntnisnahme. In dieser arbeiten sämtliche Sparten ohne Einfluß auf ihr Eigenleben zusammen. Möge diese Arbeitsgemeinschaft gut wirken zu unserm Nutzen und Vorteil. Im Schluß der Versammlung erluchte der Vorsitzende, im Interesse der Kollegen alles zu tun, um die noch fernstehenden Handwerker unserer Sparte zuzuführen.

Siegen. Als Ort der zweiten diesjährigen Bezirksversammlung hatte man das Westerwald-Kreisstädtchen Altenkirchen gewählt. Am 20. Mai trafen sich dort die Mitglieder aus den Bezirken, die mit Ausnahme des Ortes Waldbühl alle vertreten waren. Vorsitzender Meier sprach über den guten Besuch in passenden Worten Ausdruck und brachte zu Punkt 1 der Tagesordnung ein Schreiben des Gauvorstandes zur Beratung. Dasselbe betrifft Stellungnahme zu dem An-

trag des Bezirks Düsseldorf: „Einberufung eines außerordentlichen Gaugrats“. Nach eingehender Erläuterung dieses Antrags ergab die Abstimmung die Ablehnung desselben. Die Abrechnung vom ersten Quartal fand ihre Genehmigung, dem Kassierer konnte Entlastung erteilt werden. Bezirkskassierer K l a a s verzurteilte schärf das zunehmende Restantenumfänge. Wenn auch die Schwere der augenblicklichen Notlage in Betracht zu ziehen sei, so müsse doch von neu nach in Beschäftigung stehenden Mitgliedern erwartet werden, daß sie ihren Verpflichtungen in puncto Beitragszahlung nachkommen. Gegen ein referierendes Mitglied mußte Antrag auf Ausschluß aus unsern Reihen beim Gauvorstand eingereicht werden, während vier Mitglieder in gleicher Weise mit einer Gnadenfrist bedacht wurden. Über die Mantel- und Wohnzifferhandlungen gab der Vorsitzende Bericht. Wenn auch die Wünsche nicht alle Befriedigung gefunden haben, so wurde doch die Schwierigkeit der diesmaligen Verhandlungen anerkannt. Besondere Anerkennung verdiene die angewandte Taktik unzerstreter und die von denselben geleistete Arbeit im Interesse der Organisation. Anschließend nahm die Versammlung Stellung zu der ungedruckten Steuererteilung, die durch Notverordnung der breiten Masse wieder in Form einer Beschäftigungssteuer aufgebildet werden soll. In einer Entschließung an Gau- und Verbandsvorstand wurde gefordert, bei den in Betracht kommenden Stellen auf Abhilfe einzuwirken. Bezirksjugendleiter L i n d e r erstattete eingehenden Bericht von der Jugendleiterkonferenz in Bonn am 5. Mai. Die Regelung der Fahrtvergütung erfolgte in üblicher Weise. Nachdem der Kassierer der „Hilfe am Grabe“ das Wort geredet und vom Beitritt zu derselben ermahnt hatte, fand die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband ihren Abschluß.

Wiesbaden. (H a n d s e h e r.) Die Handsehervereinigung Gau Mittelrhein hielt am 29. Mai in der hiesigen „Stadthalle“ eine Vorstandskonferenz ab. Den Auftakt zu derselben bildete eine allgemeine Versammlung mit dem Referat des Kollegen A. P e h o l d (Zentral-Kommission): „Wirtschaftskampf, Verband und Sparte“. Nach Eintreffen der auswärtigen Teilnehmer von einer Omnibusrundfahrt durch die schöne Stadt und auf den Neroberg eröffnete der Gesangsverein „Gutenberg“ Wiesbaden, dem auch an dieser Stelle gedankt sei, die Versammlung mit dem Chor „Sturm“. Der Vorsitzende der Handsehervereinigung Wiesbaden, Kollege K e t t l e r, begrüßte die Teilnehmer und Bezirksvorstände Kollege S c h ä f e r (Wiesbaden) hielt eine von Kampfbegeisterung und Kampfaufforderung durchglühende Ansprache, in der er auch das Ergebnis der Mantelstarfhandlungen kritisierte und ablehnte. Hierauf nahm der Schriftleiter des „Handseher“, Kollege A. P e h o l d, das Wort zu seinem Vortrag. Zunächst übermittelte er die Grüße der Zentral-Kommission, dann ging er ein auf den Werdegang der Wirtschaftskrise, das Verlangen der einflussreichsten Wirtschaftsführer und hoch die Notwendigkeit einer Gemeinwirtschaft hervor. Es bedürfte eines harten Kampfes, das bisher an Sozialeinrichtungen Erworbene nicht wieder aus den Händen gehen zu müssen. Der wiederholte Lohnabbau, mit dem man glaubte die Wirtschaft stabilisieren zu können, brachte aber nur Produktionsrückgang und muß unter allen Umständen damit Schluss gemacht werden. Für die Handseherpartei bestand von Anfang an ein feinerer Weg. Sie stellte an die Zentralkommission unvorhergesehene Anforderungen, dafür sei aber schon mehrfach ihr Einfluß zur Geltung gekommen, wie Redner an einzelnen Beispielen beweisen konnte. Um so mehr bedauere er den Rückstand der Handsehervereinigung in unserm Gau, erwarde aber auch hier Besserung für die Zukunft. Ferner besprach auch der Referent die jüngsten tariflichen Ereignisse. Bei den Verhandlungen mußte das Hauptaugenmerk auf Beibehaltung der bestehenden Verträge gerichtet werden. Er wies die Wiesbadener Vorwürfe der letzten Zeit energisch zurück und rechtfertigte das Verhalten des Verbandsvorstandes und der Gehilfenvertreter. Eine tariflose Zeit wäre sicherlich für die Kollegenschaft von größerem Schaden gewesen als das neue Tarifabkommen. Eine anschließende scharfe Diskussion wurde von Wiesbadener Kollegen und einigen Bezirksvorstehenden bestritten. Gemüht wurde, daß noch in diesem Jahr ein Gaugrat sowie ein Verbandstag einberufen wird. Kollege P e h o l d konnte wegen der vorgeschrittenen Zeit nur kurz auf die Diskussionsreden eingehen. Er verzeihe die Mißbilligung, denn selbst unter Unterhändler seien mit dem Ergebnis des Tarifabschlusses nicht zufrieden. Jedoch hätten bei erster und sachlicher Betrachtung auch die hier Rebellierenden nicht anders handeln können. Der Verbandstag sei in der Hauptsache aus finanziellen Gründen verschoben worden. — Am Nachmittag eröffnete der Gauvorstand der Handsehervereinigung, Kollege E n s e f e l d e r (Mannheim), die Vorstandskonferenz und begrüßte die zahlreich erschienenen Delegierten, wie auch die Vertreter des Verbandes, der Bruderpartei und des Bildungsverbandes. Er wies darauf hin, daß es nicht Zweck der Konferenz sei, die Diskussion der vorangehenden Versammlung fortzusetzen, sondern in den organisatorischen Angelegenheiten unzerstreuter Klarheit zu schaffen. Außer Geschäftlichem, Kasienbericht und Regelung des Gaubeitrags für arbeitslose Mitglieder, der auch wieder bisher von den Bezirken getragen werden soll, stand das Thema „Wie überwinden wir die Krise?“ zur Debatte. Ein Streifzug des Vorsitzenden durch die kritische Lage der Handsehervereinigung in unserm Gau warf die Fragen auf: „Welche Möglichkeiten sind uns zur weiteren Mitgliederwerbung gegeben?“ „Welche Aufgaben müssen wir erfüllen, um unsre Bewegung so zu stärken, daß sie einflußreich arbeiten kann?“ Es entspann sich eine lebhaft ausgeprägte, an der sich zwölf Kollegen beteiligten und die auch Kollegen P e h o l d berantagte, wiederholt das Wort zu ergreifen. Teils sah man einen Erfolg in technischer und tariflicher Aufklärungsarbeit, teils in aggressiver Stellungnahme für Besserung des Lebensniveaus der Handseher. Gerade letzteres sei die Grundbedingung für die Befreiung unserer Sparte. Zweifeltigkeiten mit andern Sparten, wie sie immer wieder ohne unser Zutun aufsteigen, müßten unbedingt vermieden werden. Die Konferenzteilnehmer gingen auseinander in der gegenseitigen Befestigung, auch in Zukunft treu zu Verband und Sparte zu stehen. Die nächste Zusammenkunft soll vor dem ersten Handseherkongress in Heidelberg stattfinden.

Allgemeine Rundschau

Schmigster Geburtstag. Am 18. Juni d. J. vollendet Kollege T h e o d o r S c h r ö t e r in Stuttgart sein sechzigstes Lebensjahr. Dazu sollen dem Geburtstagskind auch an dieser Stelle einige Worte der Wertschätzung gewidmet sein. Kollege Schröter wurde 1872 in Gera geboren, wohin sein Vater, der bekannte Kollege Moritz Schröter, flüchten mußte, weil er wegen des Sozialistengesetzes aus Leipzig ausgewiesen worden war. Lange Zeit betleidete Theodor Schröter Ehrenämter in der Freien Turnerschaft, und im Mai 1914 wurde er in den Vorstand des Gaues Württemberg als stellvertretender Gauvorsitzer gewählt. Auf verschiedenen Verbandstagen und Gauvorsitzerkonferenzen ist Schröter den Kollegen über seinen Wirkungsbereich hinaus bekannt geworden. Im Weltkrieg war er Landsturmann in Flandern. Nach dem Krieg führte er acht Jahre den Vorsitz in der Maschinenarbeiterpartei in Stuttgart und Württemberg. Mit Gründung der Bezirksleitung wurde er deren örtlicher und gaulicher Beschäftiger bis zum heutigen Tag. Auch im Fachausfluß ist er tätig. Theo bearbeitet heute noch die strategischen Pläne zu den Lehrlingswanderungen, und er benötigt kein Vokalon, wenn einer nicht pariert. Als Schwabe hat er sich ausgezeichnet akklimatisiert, und wenn seine Launen erden, merkt man am besten, daß er auch in frühen Jahren seinen Humor nicht verloren hat. Unser Glückwunsch für den heutigen Tag möge dahin ausfallen, daß unser Freund Theodor Schröter noch lange gesund und frisch an seinem Platz wirken möge.

Meisterprüfung. Vor der Handwerkerammer Berlin haben folgende Kollegen die Prüfung bestanden: J o h a n n e s W o h m, Seger (Berlin-Neußölln); W i l l i F e h r e, Seger (Berlin-Neußölln); E r w i n F i c h i g, Seger (Berlin); H e r m a n n F r i s c h, Oberwerkmeister (Berlin-Reinickendorf); J o h a n n e s G r ä n e r, Buchdruckermeister (Bernau bei Berlin); A d o l f H a l e s, Faktor (Berlin); H e r b e r t J a h n e, Korrektor (Berlin-Adlershof); G e o r g K r e i s h m e r, Betriebsleiter (Berlin); K u r t K u r z b u j w e i l, Seger (Ludenswalde); F r a n z L u z, Maschinenfeger (Berlin); S e i m u t M o a d, Seger (Berlin-Mahlsdorf); A d o l f W o h l, Seger (Berlin); F r i t z S c h i f o r a, Seger (Berlin-Mahlsdorf); E r i c S c h i m a g e r, Betriebsleiter (Angermünde); K u r t B o r w e r k, Seger (Berlin-Köpenick); E r i c J u m m, Seger (Berlin). Fünf Prüflinge haben die Prüfung nicht bestanden. — Vor dem Prüfungsausfluß begrüßte der Handwerksammer zu Meisny (Schlesien) die Meisterprüfung ab.

Wohnenbureau für Buchdrucker in Naumburg. a. d. S. Am Sonntag, dem 26. Juni, findet ein Werbezirkungs-Wohnenbureau des Kreises Leipzig im Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker in Naumburg a. d. S. statt. Es sprechen in drei Arbeitsgemeinschaften: Dr. phil. H e r b e r t H a u s f i l d (Leipzig) über „Architektur, Plastik, Malerei und ihre Typographie“. Ein mit allen Wandlungen der schönen Künste vertrauter Referent, der in seiner Ausdrucksweise klar, Gehalt, beherzigt, Gemeinsehler, Daphn-Gentisch (Blauen) über „Technik und Berufsbildung“. Die Technik steht sich jetzt auch bei uns rüchsiglos durch; Kenntnis der Veränderungen im Beruf ist notwendig! Fachlehrer H e i n r i c h G r o t e (Leipzig) über „Jugend im Kampf um ihren Beruf“. Kein Jungbuchdrucker sollte es verkümmern, sich an der Arbeitsgemeinschaft zu beteiligen, um Mut für den Alltag zu gewinnen. Ausführliches Programm durch Paul Geiß, Gera, „Dittiringer Tribüne“.

Ein Oberbürgermeister gegen Gehilfenprüfungen. Und zwar handelt es sich um den als ehemaligen Bezirkskommissar weiten Kreisen bekannten Leipziger Oberbürgermeister H r. G o e r d e l e r. Er hielt es für angebracht, auf der diesjährigen Hauptversammlung des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler, auf der die Vornahme von Gehilfenprüfungen beschlossen wurde, sich in seiner Begrüßungsansprache zu diesem Beschluß folgendermaßen zu äußern: „Aus dem Gehaltsbericht habe er mit Interesse gesehen, daß sich der Börsenverein mit der Frage der Gehilfenprüfung beschäftigt. Das habe ihn überaus für eine Zeit, wo er selbst alles tue, um die Überpannung des Bildungswesens zu vermeiden. Er habe in seinem Berufsleben die Erfahrung gemacht, daß Prüfungen eine Notwendigkeit seien, wo man einem größeren Kreis von Menschen gegenüberstehe, die man nicht genau kennen könnte, wo aber die Möglichkeit bestehe, sich über die Qualitäten eines Menschen und über die Eignung für bestimmte Aufgaben aus der Bewährung heraus zu überzeugen, sollte man auf besondere Prüfungen verzichten...“ Daß selbst seine Zuhörer anders über diese Frage denken, beweist deren Beschlußfassung. Wie notwendig und bedeutungsvoll die Gehilfenprüfung sowohl für einen Ausgelernten wie auch für die Regelung eines gefunden beruflichen Nachwuchs sei, dürfte auch bei uns sowohl wie bei unsern Unternehmern anders beurteilt werden. Wenn Herr Dr. Goerdeler sich für seine Auffassung auf Erfahrungen in seinem Berufsleben stützt, so müssen eben die Ansprüche an die Angehörigen des von ihm gemeinten Berufs nicht sehr hoch sein. In jedem qualifizierten Gewerbe, wie dem unsrigen und vielen andern, dürften sich die Unternehmer für einen Gehilfen, von dem sie nicht wissen, ob seine beruflichen Kenntnisse wenigstens zur Ablegung einer Gehilfenprüfung ausreichen, geladeweise noch für die an ihn gestellten höheren beruflichen Anforderungen, bestens bedanken. Wie ein Mann, der sogar für den wichtigen Posten eines Arbeitsministers in Aussicht genommen war, gar von einer Überpannung des Bildungswesens, das gar nicht hoch genug geschätzt und gewertet werden kann, sprechen konnte, wird nur allgemeines Kopfschütteln erregen und ein aufatmendes Gefühl darüber auslösen, daß wir von diesem Mann als Arbeitsminister verschont geblieben sind. Womit allerdings nicht gesagt sein soll, daß wir von dem gegenwärtigen Arbeitsminister besonders erwarten.

Ausstellung im Deutschen Buchgewerbehaus zu Leipzig. Der Deutsche Buchgewerbeverein veranstaltet in der Zeit vom 15. Juni bis 9. Juli im Erdgeschoß des Deutschen Buchgewerbehauses eine Ausstellung „Typographie und Druck in Frankreich“. Das Material wurde vom Nürnbergger Buchgewerbehaus zusammengetragen. Es enthält neben den verschiedenartigen typographischen Lösungen

gleicher Texte eine ansehnliche Anzahl mehrfarbiger Buchdruckerarbeiten, Offset- und Tiefdrucke. Die Auswahl ermöglicht einen instruktiven Überblick über den Stand der französischen Druckkunst. Der Besuch der Ausstellung ist sehr empfehlenswert. Die Ausstellung ist täglich von 10 bis 18 Uhr und Sonntags von 11 bis 13 Uhr unentgeltlich geöffnet.

Zeitungen im Küstungsgebiet. Auf einer Massenversammlung der „Friedens-Kreisfahrern“ unter dem Vorsitz von Lord Cecil in der Londoner Albert-Halle wies Lord Robert Cecil u. a. auf die Abrüstungsbestimmungen hin, die Deutschland aufzuzunehmen wurden. Wenn Deutschland gehorcht habe, dann sieht die andern Nationen verpflichtet, zu folgen. Cecil riefte dann sehr scharfe Angriffe gegen die internationalen Küstungsströme, wobei er besonders ihren äußerst dunklen Einfluß auf die Pariser Presse hervorhob. Einige der größten französischen Zeitungen, die offen von Eisen- und Stahlinteressen aufgekauft worden seien, hätten Tag und Nacht gegen die Abrüstungskonferenz gearbeitet. Er glaube nicht, daß England ganz frei von diesem Übel sei.

Die erste „Aol“-Verordnung der Baronsregierung. Die erste Notverordnung der Regierung v. Papen ist am 14. Juni der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden. Wenn es harmlose Menschen gegeben hat, die dieser Regierung die in der Agitation von ihren Anhängern versprochene Aufhebung der Notverordnungen der Regierung Brüning Glauben geschenkt haben, dann werden sie durch den Ersatz dieser Notverordnung eines Besseren belehrt sein. Durch diese Notverordnung ist die Regierung Papen nicht nur gezwungen worden, Farbe zu bekennen, sie hat damit auch ihren reaktionären Charakter offenbaren müssen, den sie bis dahin durch die Reden der ihr angehörenden Minister zu verschleiern versucht hat. Die erste Notverordnung dieses Kabinetts ist der Ausdruck einer Parteiregierung, die sich auf den Krüden der Nationalsozialisten nur so lange aufrechterhalten kann, solange sie sich unter dieses Parteiigk beugt. Der Inhalt ihrer Notverordnung ist ein brutaler Schlag gegen die vorwärtsstrebende, unter der Krise leidende Arbeiterschaft, sie trifft alles, was bisher an Regierungsmaßnahmen der Arbeiterschaft zugunsten und aufgestellt worden ist. Und wenn diese Regierung in einer der Presse übergebenen Erklärung glauben machen will, daß sie die Sozialgesetzgebung in ihrer ganzen entscheidenden Bedeutung zu würdigen weiß, dann sprechen ihre bisherigen sozialpolitischen Entscheidungen wie die ganze parteipolitische Zusammensetzung dieser Regierung gegen solche Versicherungen. Die erste Notverordnung dieser Regierung geht, wie weit, um nur davon zu reden, ihr sozialpolitisches Verständnis geht. In der Invalidenversicherung werden die alten Renten um 6 M., bei den Witwen um 5 M. und bei den Waisen um 4 M. je Monat gekürzt, und bei den neuen Renten wird der Grundbetrag um 7 M. je Monat abgebaut. Der Anteil der Witwen- und Waisenrenten an der Hauptrente, bisher sechs Zehntel, wird auf fünf Zehntel bzw. vier Zehntel gekürzt. — Ledige und kinderlose Kriegsbefähigte mit einer Erwerbsfähigkeit bis zu 50 Proz. werden in ihrem Rentenbezug um 20 Proz. abgebaut. Hierdurch sollen 45 Mill. M. pro Jahr eingespart werden. Um den geschädigten Kriegsgenossen die Berufung gegen zu harte Droßelungsmaßnahmen zu erleichtern, wird diese durch Einführung einer Verwaltungsgebühr außerordentlich verteuert und damit für viele praktisch unmöglich gemacht. Das Kernstück dieser neuen Notverordnung ist der ungeheuerliche Raub an den Unterhaltungsflächen der Erwerbslosen. Die Regierung rechnet mit einem Durchschnittslatz von 5,95 Millionen Arbeitslosen im Jahr. Bei der bisherigen Regelung müßten zu Unterhaltungszwecken 3557 Mill. M. aufgebracht werden. Die Notverordnung droßelt die Unterhaltungsfläche in der Uru um durchschnittlich 23 Proz. und führt die Bedürftigkeitsprüfung bereits nach sechs Wochen (!) — bisher nach zwanzig Wochen — ein, was praktisch eine Beseitigung der Versicherungseinrichtung gleichkommt. In der Krisenunterstützung wird unbeschränkt die Bedürftigkeitsprüfung eingeführt, ferner werden die Unterhaltungsleistungen um durchschnittlich 10 Proz. gekürzt. Die um 15 Proz. gekürzten Wohnlastsätze werden als Höchstätze (!!) eingeführt. In der kommunalen Wohnlastunterstützung werden durch den bereits erwähnten 50prozentigen Abbau der Unterhaltungsleistungen 148 Mill. M. erspart. Das verbleibende Defizit von rund 400 Mill. M. wird durch eine neue „Beschäftigtensteuer“ gedeckt. Diese Steuer, die als „Abgabe zur Arbeitslosenhilfe“ bezeichnet wird, trifft alle Lohn- und Gehaltsempfänger, also auch die Beamten. Die Abgabe beträgt bei einem Arbeitseinkommen bis zu 125 M. monatlich 1,5 Proz., bis zu 300 M. monatlich 2,5 Proz. Bei einem Einkommen zwischen 300 und 700 M. monatlich beträgt die Abgabe für die ersten 300 M. 2,5 Proz. für die weiteren Beträge 5,75 Proz. Hier ist der Teil des Arbeitseinkommens, der bei der Berechnung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung nicht berücksichtigt wird, mit der Höhe dieses Beitrags (3,25 Proz.) zur Abgabe mit herangezogen worden. Bei Arbeitseinkommen zwischen 700 und 3000 M. monatlich beträgt die Abgabe von den ganzen Beträgen 5,75 Proz. Wenn das Arbeitseinkommen im Monat 3000 M. übersteigt, beträgt die Abgabe 6,5 Proz. Diese neue Beschäftigtensteuer bringt also zusätzliche Belastung in der Form, daß die bei der bisherigen Krisenlohnsteuer erhaltene Freigrenze bis zu 1500 M. Wohneinkommen im Jahr wegfällt. Sämtliche übrigen Beschäftigten werden gegenüber der Krisenlohnsteuer mit anderthalb Prozent mehr belastet, und die Beamten, die infolge der mehrfachen Beamtengehaltssenkungen von der Krisenlohnsteuer befreit waren, werden jetzt gleichfalls mit anderthalb Prozent zusätzlich belastet. Während sämtliche Arbeitnehmer, die schon durch mehrfachen Lohnabbau und Kurzarbeit in ihrem Lebensstandard außerordentlich geschädigt wurden, mit einer zusätzlichen Steuer belastet werden, verschont die neue Notverordnung die beständige Klasse mit diesen erhöhten Kosten. Die Krisensteuer der Beurlaubten, zu denen neben den Lohnempfängern über 16000 M. im Jahr die Einkommensbezieher aus freien Berufen, Kapitalvermögen, Hausbesitz und Gewerbebetrieb gehören, wird nur insoweit herangezogen, als fatter der bisher vorgesehenen letzten Ratezahlung im Oktober 1932 noch eine zweite Ratezahlung — ohne die erhöhten anderthalb Prozent — im Januar 1933 tritt. Dazu kommt die Salzsteuer, die als

